

Berliner Büro  
Pressestelle

Reinhardstraße 13  
10117 Berlin

Ihre Ansprechpartnerin  
Claudia Beck  
Telefon-Durchwahl 030 28 44 47-43  
Telefax 030 28 44 47-55  
Claudia.Beck@caritas.de  
www.caritas.de

## **Statement**

### **Präsident Prälat Dr. Peter Neher**

## **Pressekonferenz**

### **15. Delegiertenversammlung 2015**

### **Donnerstag, 15. Oktober 2015, Regensburg**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Interesse an der Arbeit des Deutschen Caritasverbandes. Rund 190 Frauen und Männer aus Diözesan- und Orts-Caritasverbänden, aus den Fachverbänden und den Ordensgemeinschaften haben sich in den vergangenen Tagen in Regensburg zur diesjährigen Delegiertenversammlung getroffen. Neben verbandspolitischen Anliegen haben sich die Delegierten auch mit sozialpolitischen Themen beschäftigt. Nicht verwunderlich ist, dass ein zentrales Thema die Situation der Flüchtlinge war.

#### **Situation der Flüchtlinge**

Die große Zahl der Flüchtlinge, die Schutz und Asyl in der EU und in unserem Land suchen, beherrscht seit Wochen die politische Agenda und die Berichterstattung in den Medien. Beeindruckend ist die ungeheuer große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung. Auch in der Flüchtlingshilfe der Caritas werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von vielen tausend Ehrenamtlichen unterstützt. Die Hilfsbereitschaft ist nach wie vor sehr groß, auch wenn viele Helferinnen und Helfer mittlerweile an ihre physischen und auch psychischen Grenzen kommen.

Auf dieses Engagement ist unsere Gesellschaft in der aktuellen Situation angewiesen und wird es auch künftig bei allen Themen der Integration sein. Doch mit ehrenamtlichem Engagement allein sind selbstverständlich die vielfältigen Fragestellungen nicht zu lösen. Es braucht professionelle Unterstützung, bei deren Sicherstellung der Staat eine große Verantwortung trägt und ausübt.

Die Liste der zu lösenden Probleme ist lang: Die Zeit der Asylverfahren muss verkürzt werden, ohne die Standards der Asylverfahren und des Verfassungsrechtes dabei auszuhebeln. Dazu gehört die Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums unabhängig davon, ob die Dublin-Regelungen eingehalten wurden oder nicht. Nicht wenige Menschen, die zu uns

kommen, sind angesichts traumatischer Erlebnisse auf therapeutische Hilfe angewiesen. Bald schon stellt sich die Frage, wie diese Menschen etwa beim Zugang zum Arbeitsmarkt unterstützt werden können. Und in Ballungszentren muss mehr für die Versorgung mit bezahlbaren Wohnungen getan werden. Auch die Kinder müssen über Kitas und Schulen den Weg in das deutsche Bildungssystem finden. Die Politik ist aufgefordert, die bestehenden Instrumente und Regelungen zu überprüfen, ob sie geeignet sind, die Integration von Menschen in unsere Gesellschaft zu unterstützen.

Neben der Flucht aus Bürgerkriegsgebieten führt auch wirtschaftliche Not dazu, dass sich Menschen auf dem Weg zu uns machen. Dies trifft gerade für Menschen aus dem Balkan zu. Die Pläne der Bundesregierung sind zu begrüßen, diesen Menschen einen einfacheren Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Gleichzeitig ist die wirtschaftliche Stabilisierung dieser Region des europäischen Kontinents eine Aufgabe europäischer Politik, damit auch dort Menschen Perspektiven für ihr Leben entwickeln können.

Viele Menschen kommen jedoch aus Bürgerkriegsgebieten. Hier brauchen wir eine weit bessere Unterstützung der Aufnahmeländer in den Krisenregionen. Wir brauchen zudem eine verantwortungsvolle europäische Zusammenarbeit, die das Mögliche tut, damit Menschen sichere Zugangswege finden. Und wir brauchen vor allem eine Verständigung darüber, wie dies wirksam zu bewerkstelligen ist.

Was sich in diesen Tagen an den europäischen Außengrenzen und innerhalb Europas abspielt, ist von historischem Ausmaß. Damit meine ich nicht allein die große Zahl der Flüchtlinge sondern vor allem die große Herausforderung, vor der Europa und vor der wir in Deutschland stehen: Den Frauen, Männern und Kindern eine neue (vielleicht auch nur temporäre) Heimat zu geben, die eigene Bevölkerung auf diesem Weg mitzunehmen und innerhalb der europäischen Gemeinschaft eine Politik zu befördern, die Solidarität untereinander und mit den Flüchtlingen stärker erfahrbar macht als dies bis jetzt gelungen ist. Dies erfordert verfassungskonforme und menschenwürdige politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen und eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Herausforderungen und Möglichkeiten, die mit der Integration so vieler Menschen verbunden sind.

Die Koordination der Flüchtlingspolitik im Kanzleramt anzusiedeln, unterstreicht die Bedeutung dieses Themas für unsere Gesellschaft. Noch stehen die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und die Not vieler Kommunen und Gemeinden, entsprechende Aufnahmekapazitäten zu schaffen, im Vordergrund. Gleichzeitig aber liegt die anspruchsvolle Aufgabe der Integration noch vor uns – und die muss möglichst rasch beginnen und kann nicht warten, bis die Notversorgung abgeschlossen sein wird; was ohnehin nicht der Fall sein wird, denn das Thema „Flüchtlinge“ wird uns erhalten bleiben.

Menschen, die mit ihrer Religion, ihren kulturellen Hintergründen und ihren teils traumatischen Fluchterfahrungen nach Deutschland gekommen sind, werden vermutlich in nicht geringer Zahl Teil unserer Gesellschaft werden. Ihre Kinder werden Kindertageseinrichtungen und Schulen besuchen, Jugendliche eine Ausbildung machen, viele einen Arbeitsplatz finden und Mitglieder in Sportvereinen werden. Die Einrichtungen und Dienste der Caritas werden diesen Integrationsprozess aktiv unterstützen. Ich bin zuversichtlich, dass es gelingt, das Zusammenleben und das Miteinander der einheimischen Bevölkerung und der Flüchtlinge konstruktiv und gut zu gestalten. Aber es wird kein Sonntagsspaziergang werden. Respekt, Rücksichtnahme und Toleranz – aber auch ein klares Eintreten und Einfordern unserer freiheitlichen Werte werden nicht von alleine gelingen.

## **Sterbebegleitung**

Ein Thema, über das ebenfalls intensiv in Politik und Gesellschaft debattiert wird, ist die Begleitung und Versorgung schwerkranker und sterbender Menschen. Im November wird der Bundestag erneut über die fraktionsübergreifenden Gruppenanträge debattieren. Die katholische und die evangelische Kirche haben sich in einer gemeinsamen Stellungnahme klar gegen Angebote der Suizidassistenten ausgesprochen, sei es durch Ärzte, Vereine oder Einzelpersonen.

Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich in den Grenzfällen des Lebens; wie mit Menschen umgegangen wird, die auf Unterstützung und Hilfe angewiesen sind. Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, die irgendwann einmal bei einer schweren Erkrankung von mir erwartet, einen assistierten Suizid zu begehen. Dies würde sich unübersehbar auf das Wertefundament unserer Gesellschaft auswirken. Menschen dürfen nicht unter psychischen und sozialen Druck geraten, sich angesichts einer kostenintensiven palliativen Versorgung für eine kostengünstigere Selbsttötung entscheiden zu müssen.

Wir brauchen ein politisches und gesellschaftliches Bekenntnis zur Unterstützung schwerstkranker und sterbender Menschen und deren Angehörigen. Die Angst davor, am Lebensende unter starken Schmerzen zu leiden oder allein sterben zu müssen, muss ernst genommen werden. Insofern sind der geplante Ausbau und die Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativversorgung dringend notwendig und sehr zu begrüßen. Dabei muss klar sein, dass dies mehr Geld kosten wird als momentan dafür vorgesehen ist. In unseren katholischen Altenheimen und Krankenhäusern geschieht hier schon viel Gutes; aber Grund zur Selbstzufriedenheit gibt es nicht – auch in unseren Einrichtungen gibt es noch einen großen Entwicklungsbedarf an Haltungen, Qualifikation und Räumlichkeiten. So will das Caritas-Projekt „Bei uns soll keiner alleine sterben“ dazu beitragen, die Dienste und Einrichtungen weiterhin dafür zu sensibilisieren, Menschen im Sterben gut zu begleiten und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.